



vorab per E-Mail: [REDACTED]

Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

Postzustellungsurkunde

Amprion GmbH

[REDACTED]
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
N-CN/Gei,
27.09.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom ☎ 0228
4.14.03.02/23-020 (Block B) 14-[REDACTED]
4.14.03.02/23-019 (Block C) oder 14-0

Bonn
19.12.2023

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B (BNA 0332, SEE952352206145) und Scholven C (BNA 0331, SEE933236950972) der Uniper Kraftwerke GmbH

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Robert-Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

Uniper Kraftwerke GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Holzstr.6, 40221 Düsseldorf

- Beteiligte -

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

der Anträge auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Scholven B und Scholven C hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 19.12.2023 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 27.09.2023 auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG ab dem 01.07.2025 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.
2. Der Antrag der Antragstellerin vom 21.09.2023 auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG ab dem 01.11.2024 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.
3. Der Antragstellerin wird aufgegeben, mögliche Folgeanträge nach § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Kraftwerksblöcke Scholven B und Scholven C spätestens bis zum 28.02.2030 bei der Bundesnetzagentur zu stellen, sofern diese über den 31.03.2031 hinaus systemrelevant sind.

Gründe:

I.

Die Beteiligte betreibt am Standort Gelsenkirchen-Scholven u.a. die steinkohlebefeuerten Kraftwerksblöcke B und C. Mit Bescheid vom 27.10.2022 genehmigte die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung von Scholven B durch die Antragstellerin bis zum 30.06.2025 (Aktenzeichen: 4.13.03.02/22-008). Die Systemrelevanzausweisung erging auf die Anzeige der Beteiligten hin, die plante, Scholven B zum 01.11.2022 stillzulegen. Mit Bescheid vom 21.07.2022 genehmigte die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung von Scholven C bis zum 31.10.2024 (Aktenzeichen: 4.14.03.02/22-007). Die Systemrelevanzprüfung von Block C erfolgte, da das Gebot der Beteiligten für die Anlage in der dritten Ausschreibungsrunde nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz erfolgreich war.

Die Antragstellerin hat im Hinblick auf Scholven B mit Schreiben vom 27.09.2023, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 05.10.2023, und hinsichtlich Scholven C mit Schreiben vom 21.09.2023, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 27.09.23, mitgeteilt, die Blöcke B und C der Beteiligten erneut als systemrelevant ausgewiesen zu haben, nunmehr bis zum 31.03.2031. Sie beantragt, die Systemrelevanzausweisungen jeweils zu genehmigen. Die Antragstellerin rechtfertigt die lange Ausweisung mit dem Ergebnis der Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) aus dem Jahr 2023 für das Jahr 2030/2031.

Die Bundesnetzagentur hat in der Folge die Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG mit den Aktenzeichen 4.14.03.02/23-019 (in Bezug auf Scholven C) und 4.14.03.02/23-020 (in Bezug auf Scholven B) eingeleitet.

Der Beteiligten wurde mit Schreiben vom 25.10.2023 die Möglichkeit gegeben, zum Verfahren und zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur, den Antrag zu genehmigen, Stellung zu nehmen.

Mit Schreiben vom 24.11.2023 gab die Beteiligte eine Stellungnahme ab. Sie beschreibt zunächst den technischen Zustand der Kraftwerksblöcke. Bezüglich Scholven C sei eine sicherheitstechnische Überprüfung durchgeführt worden mit dem Ergebnis, dass nach Ablauf des ersten Quartals 2024 ein sicherer Weiterbetrieb der Anlage nicht mehr möglich sei und eine umfassende Revision durchgeführt werden müsse. Die Kosten hierfür beliefen sich nach grober und vorläufiger Abschätzung auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Die Durchführung der Maßnahme werde etwa 12 Monate in Anspruch nehmen. Im Fall einer längerfristigen Ausweisung sei neben dem sicheren Betrieb auch der Aspekt der Verfügbarkeit zusätzlich zu untersuchen. Scholven B sei aufgrund der im Jahr 2023 durchgeführten Revision technisch in einem bedeutend besseren Zustand als Scholven C. Gleichwohl sei das Kontingent an Anfahrten und Betriebsstunden bis zur Durchführung einer erneuten Revision begrenzt. Aufgrund des Alters von Block B habe die Beteiligte aus Sicherheitsgründen bereits einzelne Nebenanlagen stilllegen müssen. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen seien die hierdurch notwendig gewordenen Ersatzanlagen angemietet worden, wodurch monatlich Kosten im mittleren sechsstelligen Bereich verursacht würden.

Zur immissionsschutzrechtlichen Genehmigungslage hinsichtlich der Kraftwerksblöcke führt die Beteiligte aus, dass ein Parallelbetrieb von Scholven B und C neben dem Betrieb des neu am Standort errichteten Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Scholven (im Folgenden: GuD Scholven) nicht zulässig sei, insbesondere da keine zusätzlichen Kontingente für Schallemissionen am Standort zur Verfügung stünden. Aus der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für das GuD Scholven ergebe sich, dass stets nur einer der beiden Steinkohleblöcke neben der GuD-Anlage in Betrieb sein dürfe, sodass der jeweils andere Steinkohleblock nur zur Absicherung des anderen in Betrieb befindlichen Blocks bereitstehen dürfe. Zudem könne Scholven C die aktuellen Emissionsgrenzwerte für Stickstoffoxide nicht einhalten. Die zuständige Behörde habe nur eine befristete Ausnahme von der Einhaltung der Grenzwerte genehmigt, die am 31.12.2024 auslaufe. Die Behörde habe ihre Ausnahmeentscheidung im Wesentlichen auf die im Winter 2022 präsente Energiekrise gestützt, sowie auf die aus damaliger Sicht zu erwartende kurze Restlaufzeit von Scholven C bis zum 31.10.2024, d.h. dem Ablaufdatum der erstmaligen Genehmigung über die Systemrelevanz. Ob die zuständige Immissionsschutzbehörde eine weitere Ausnahmegenehmigung für einen Weiterbetrieb bis zum 31.03.2031 erteile, sei nicht sicher. Es bedürfte einer neuen Antragstellung, wobei die Antragstellerin zur Begründung des Antrags belastbare Angaben hinsichtlich der

erwartenden Betriebsstunden und Starts treffen müsse. Die Beteiligte weist darauf hin, dass sich aus den ab 2025 geltenden verschärften Grenzwerten für die Verwendung von Quecksilber Folgen für den Betrieb der Blöcke B und C ergeben könnten, die aktuell noch nicht abgeschätzt werden könnten.

Zur Personalsituation am Standort Scholven erklärt die Beteiligte, sie habe im Anschluss an die erstmaligen Systemrelevanzausweisungen von Scholven B und Scholven C im Jahr 2022 damit begonnen, neues Personal zu rekrutieren. Durch Neueinstellungen und den Einsatz von Dienstleistern bzw. Zeitarbeitsfirmen sei gegenwärtig sichergestellt, dass jeweils einer der beiden Blöcke betrieben werden könne. Die Betriebsführung der neuen GuD-Anlage habe die Beteiligte an einen Dritten auslagern müssen, da das für die Neuanlage vorgesehene Personal zum Weiterbetrieb der beiden Steinkohleblöcke erforderlich sei. Die Beteiligte geht gegenwärtig davon aus, dass sich bis Mitte 2025 die Anzahl der Beschäftigten am Standort um 32 Personen verringere. Es sei geplant, bis Mitte 2024 Ersatzeinstellungen vorzunehmen und dann die notwendigen Ausbildungs- und Qualifizierungen durchzuführen. Die Neueinstellungen wären nicht erforderlich, wenn die Beteiligte Scholven C Ende Oktober 2024 und Scholven B zum 30.06.2025 endgültig stilllegen könnte. Die Neueinstellung und Qualifizierung von insgesamt über 60 neuen Mitarbeitern sei erforderlich, um den Weiterbetrieb der Anlagen in der Netzreserve sicherzustellen. Die Beteiligte hebt hervor, dass es angesichts der aktuellen Lage am Arbeitsmarkt und der letzten Endes zeitlich beschränkten Zukunftsperspektive einer Beschäftigung in einem Kohlekraftwerk eine enorme Herausforderung darstelle, in ausreichendem Umfang neues Personal zu rekrutieren.

Die Beteiligte weist darauf hin, dass durch die langfristige Systemrelevanzausweisung beider Blöcke verhindert werde, dass bis zum 31.03.2031 am Standort Scholven neben dem bereits neu errichteten GuD Scholven ein weiteres neues gasbefeuertes Kraftwerk entwickelt werde, da das Kontingent zulässiger Lärmemissionen am Standort bereits heute erschöpft sei. Sie bittet darum, die Genehmigungsbescheide jeweils mit einem Widerrufsvorbehalt zu versehen. Der Widerruf müsse von der Bundesnetzagentur ausgeübt werden, wenn es zur Errichtung und zum Betrieb einer neuen Erzeugungsanlage am Standort erforderlich sei, einen oder beide Netzreserveblöcke endgültig stillzulegen.

Zuletzt bittet die Beteiligte, der Antragstellerin aufzugeben, eine Folgeausweisung der Systemrelevanz über den 31.03.2031 hinaus, mindestens 13 Monate vor Ablauf des Genehmigungszeitpunkts auszusprechen. Dieser Vorlauf sei erforderlich, um der Beteiligten für den Fall, dass eine erneute Systemrelevanzausweisung nicht erfolge, ausreichend Zeit für eine geordnete Stilllegung der Anlagen zu verschaffen.

Im weiteren Verlauf übersandte die Antragstellerin die Kopie eines Schreibens, in welchem sie gegenüber der Beteiligten eine Stellungnahme zur immissionsschutzrechtlichen Zulässigkeit des

parallelen Betriebs von Scholven B und Scholven C nach Inbetriebnahme des GuD Scholven abgibt. In diesem Schreiben führt die Antragstellerin aus, dass aus der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung der Bezirksregierung Münster für das GuD Scholven vom 29.08.2023 folge, dass der parallele Betrieb der Netzreserveblöcke Scholven B und C auch nach Inbetriebnahme des GuD Scholven im Hinblick auf die Anforderungen nach Nr. 7.1 der TA-Lärm erfüllt seien. Die Antragstellerin verlangt von der Beteiligten, schnellstmöglich die Voraussetzungen herzustellen, die einen Parallelbetrieb von Scholven B und C ermöglichen.

Hierauf übermittelte die Beteiligte eine Kopie des an die Antragstellerin gerichteten Antwortschreibens, in dem die Beteiligte ihrerseits Stellung bezieht zur Frage der immissionsschutzrechtlichen Zulässigkeit des Parallelbetriebs von Scholven B und C nach Inbetriebnahme des GuD Scholven. In diesem Schreiben führt die Beteiligte aus, dass aus ihrer Sicht ein Parallelbetrieb von Scholven B und C nach Inbetriebnahme der GuD Scholven nicht mehr zulässig sei, da die Ausnahmevoraussetzungen gemäß Nr. 7.1 TA-Lärm nicht vorlägen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Den Anträgen auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Scholven B und Scholven C wird stattgegeben. Die zulässigen Anträge sind begründet, da die Genehmigungsveroraussetzungen gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 Satz 4 EnWG vorliegen.

Die Kraftwerksblöcke Scholven B und Scholven C sind systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn ihre Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

1.

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlagen in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich hat die Antragstellerin dargelegt, dass die Anlagen zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze benötigt werden, da ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Nach der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend kann die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von Scholven B und C auf das Ergebnis der im Jahr 2023 veröffentlichten Langfristanalyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 stützen¹. Die Eingangsparameter für diese Untersuchung sind zuvor von der Bundesnetzagentur geprüft und freigegeben worden. Maßgeblich ist die Langfristanalyse, da nur sie die Prüfung ermöglicht, ob die Systemrelevanz der Anlage auch noch in dem Zeitraum gegeben ist, der nach dem Ende des gegenwärtigen Genehmigungszeitraums der Systemrelevanzausweisung, vorliegend dem 30.06.2025 (Scholven B) bzw. 31.10.2024 (Scholven C), liegt.

Der Vortrag der Antragstellerin ist zutreffend, dass die Anlage in der von den ÜNB untersuchten Grenzsituation der Variante B in Stunde 273 zum Redispatch eingesetzt wird.² In dieser Variante wird ein konservativer Netzausbauzustand im Betrachtungszeitraum angenommen.

2.

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von Scholven B und Scholven C infolge der geplanten endgültigen Stilllegung bzw. des Kohleverfeuerungsverbots mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

¹ Die entsprechenden Unterlagen sind abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>

² Vgl. Teilpaket 2 zur Langfristanalyse 2030 (exemplarische quantitative Netzanalyse), insbesondere Folie 146, abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>

3.

Die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 Satz 1 und Satz 4 EnWG sind vorliegend erfüllt. Gegenstand der Systemrelevanzprüfung ist allein die netztechnische Erforderlichkeit einer Anlage. Nicht Gegenstand der Prüfung der Bundesnetzagentur ist, ob der Betrieb einer Anlage Restriktionen technischer oder rechtlicher Art unterliegt. Der seitens der Beteiligten geltend gemachte Personalmangel am Standort Scholven und der mangelhafte technische Zustand bzw. emissionsschutzrechtliche Fragestellungen stellen keine Umstände dar, die bei der Prüfung der Systemrelevanz von der Bundesnetzagentur zu berücksichtigen sind.

Die Systemrelevanz von Scholven B und Scholven C liegt unabhängig davon vor, ob nach Inbetriebnahme des GuD Scholven ein paralleler Betrieb beider Netzreserveblöcke gemäß Nr. 7.1 der TA-Lärm zulässig ist. Folglich ist die auch Frage, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, die Blöcke gleichzeitig zu betreiben, wenn auch das GuD Scholven in Betrieb ist, nicht Gegenstand des Genehmigungsverfahrens. Der Umstand, dass am 31.12.2024 die Ausnahmegenehmigung bezüglich der Stickoxidemissionen durch den Betrieb von Scholven C abläuft, führt nicht dazu, dass die Systemrelevanz vor dem 31.03.2031 endet. Aus der Verpflichtung zur (Wieder-)Herstellung der Betriebsbereitschaft der als systemrelevant genehmigten Anlage folgt vielmehr die Verpflichtung, dass die Beteiligte die zuständige Behörde um die Neuerteilung der Ausnahmegenehmigung zu ersuchen hat und die ggf. zur Genehmigungserteilung durchzuführenden Maßnahmen ergreifen muss.

Gleiches gilt hinsichtlich des Vortrags zur Personalsituation am Standort. Es ist dem Pflichtenkreis des Betreibers zuzurechnen, die technische und, etwa unter Gesichtspunkten des Arbeitsschutzes, rechtliche Möglichkeit des (Weiter-)Betriebs zu erhalten bzw. zu ermöglichen, indem er das für den sicheren Betrieb des systemrelevanten Kraftwerks erforderliche Personal akquiriert, qualifiziert und soweit und solange wie erforderlich vorhält.

Diese vorgetragenen Umstände betreffen allein Fragen der technischen und rechtlichen Möglichkeit des Weiterbetriebs. Die Möglichkeit des technischen oder rechtlichen Weiterbetriebs einer Anlage sind zwar Voraussetzungen für das Stilllegungsverbot gem. § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG, jedoch nicht der Systemrelevanz (vgl. dazu auch König, in: Säcker, Berliner Kommentar zum Energierecht, 4. Auflage, 2019, § 13b Rn. 34f.). Dies folgt u.a. aus der Regelungssystematik von § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG, der in der Nummer 3 die technische und rechtliche Möglichkeit des Weiterbetriebs als eigenständige Tatbestandsvoraussetzungen des Stilllegungsverbots regelt, die unabhängig von der gesondert in den Nummern 1 und 2 der Vorschrift geregelten Systemrelevanzprüfung und -genehmigung vorliegen muss.

Mit der Entscheidung nach § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG untersagt die Bundesnetzagentur nicht etwa die Stilllegung. Diese Rechtsfolge ergibt sich unmittelbar kraft Gesetzes aus § 13b Abs. 5 Satz 1

EnWG, im Zweifel sogar ohne dass es zu einer Entscheidung der Bundesnetzagentur gekommen ist, wie aus § 13b Abs. 5 Satz 6 EnWG resultiert.

Die Prüfaufgaben der Bundesnetzagentur folgen aus dem Antrag des Übertragungsnetzbetreibers nach § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG. Der Übertragungsnetzbetreiber hat die Systemrelevanz der Anlage zu prüfen und zu begründen; er beurteilt allein die netztechnische Erforderlichkeit einer Anlage. Auf genau diese Prüfung bezieht sich sodann die Genehmigungsbefugnis der Bundesnetzagentur.

Auch eine Auslegung nach Sinn und Zweck der Regelung spiegelt dieses Ergebnis wider. Zweck der Regelung ist zum einen dem Übertragungsnetzbetreiber die Handlungsinstrumente zu erhalten, damit er seiner Systemverantwortung nachkommen kann und dafür den Anlageneigentümer entgegen der freien unternehmerischen Entscheidung in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb sieht das Gesetz eben keine umfassende Prüfung oder Interessenabwägung vor. Geprüft wird, was der betroffene Anlagenbetreiber letztlich nicht selbst beurteilen kann, weil ihm dafür das Systemwissen fehlt. Den technischen Zustand der Anlage, Personalressourcen und Genehmigungssituation der Anlage kann der Betreiber selbst beurteilen. Deshalb trägt auch er allein dafür die Verantwortung. Die vom Übertragungsnetzbetreiber behauptete Systemrelevanz kann der Anlagenbetreiber nicht beurteilen. Deshalb erfolgt insoweit, aber auch nur insoweit eine Überprüfung durch die Bundesnetzagentur.

4.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

5.

Ziffer 3 der Entscheidung basiert auf § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG. Danach kann die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden.

Zwar trifft das Gesetz keine Regelung, wie lange im Voraus ein betroffener Kraftwerksbetreiber im Falle einer Folgeausweisung über diese zu informieren ist. Indes bestimmt § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG, dass der Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Genehmigung der Ausweisung nach Prüfung der Anzeige einer Stilllegung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur zu stellen und zu begründen hat. Damit soll sichergestellt werden, dass durch eine frühzeitige Information die berechtigten Interessen des betroffenen Kraftwerksbetreibers gewahrt und insbesondere durch die Gewähr von Planungssicherheit dessen Belastung so gering wie möglich gehalten werden sollen. Wenngleich der Rechtsbegriff „unverzüglich“, also „ohne schuldhaftes Zögern“, wie in § 121 BGB definiert, in jedem Fall individuell variieren kann, ist es vorliegend angemessen, der Antragstellerin

aufzugeben, die Genehmigungen möglicher anschließenden Systemrelevanzausweisungen bis spätestens Ende Februar 2030 bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Diese geht selbst davon aus, bis zum vorgenannten Zeitpunkt Gewissheit über die Bedeutung des Kraftwerksblocks Scholven B und Scholven C für die Systemsicherheit zu haben.

Der Anregung der Beteiligten, die Genehmigungsentscheidungen unter dem Vorbehalt eines Widerrufs zu erteilen, wird nicht gefolgt. Sollte die Beteiligte konkret darlegen, dass die bis zum 31.03.2031 geltenden Stilllegungsverbote von Scholven B und C die Investition in eine neue gasbefeuerte Anlage am Standort vereiteln, ist zu gegebenem Zeitpunkt mittels der der Behörde eingeräumten verwaltungsrechtlichen Handlungsinstrumente zu entscheiden. Die Bundesnetzagentur betrachtet insoweit die vorhandenen verwaltungsverfahrenrechtlichen Handlungsinstrumente als ausreichend. Anhaltspunkte, dass insofern durch einen Widerrufsvorbehalt dem Entstehen eines Vertrauenstatbestands Dritter vorgebeugt werden müsste, sieht die Bundesnetzagentur nicht.

Dem Bericht gem. § 63 EnWG zum Stand und Entwicklung der Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität³ der Bundesnetzagentur ist zu entnehmen, dass die Versorgungssicherheit bis 2030 gewährleistet ist, sofern bis 2030 bzw. 2031 ein Zubau von Gaskraftwerken im Umfang von 17 bis 21 GW erfolgt. Die geplante Errichtung und der Betrieb eines weiteren Gas- und Dampfturbinenkraftwerks am Standort Scholven mit vergleichbarer Nettonennleistung wie die beiden Steinkohlekraftwerke bedeutete einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die Bundesnetzagentur wird daher die Realisierung eines Neubauvorhabens mit einer emissionsärmeren Technologie konstruktiv begleiten und keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet sind, das Vorhaben zu erschweren. Eine neue Anlage, die an den Strommärkten eingesetzt wird, vergrößert gleichfalls das Redispatchpotential im Sinne des § 13a EnWG und stellt somit einen wesentlichen Baustein für die Gewährleistung der Netzsicherheit dar, auch vor dem Hintergrund, dass die Vorhaltung von ausreichend Redispatchpotential bis auf weiteres erforderlich sein wird.

6.

Die Beteiligte erhält eine Abschrift des Bescheides.

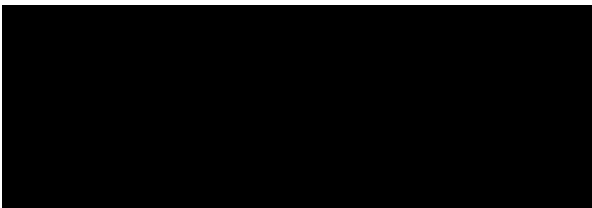
³ [Bericht zu Stand und Entwicklung der Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität](#), Stand Januar 2023

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von der oder dem Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Im Auftrag



(Referat 626 -Versorgungssicherheit Strom)